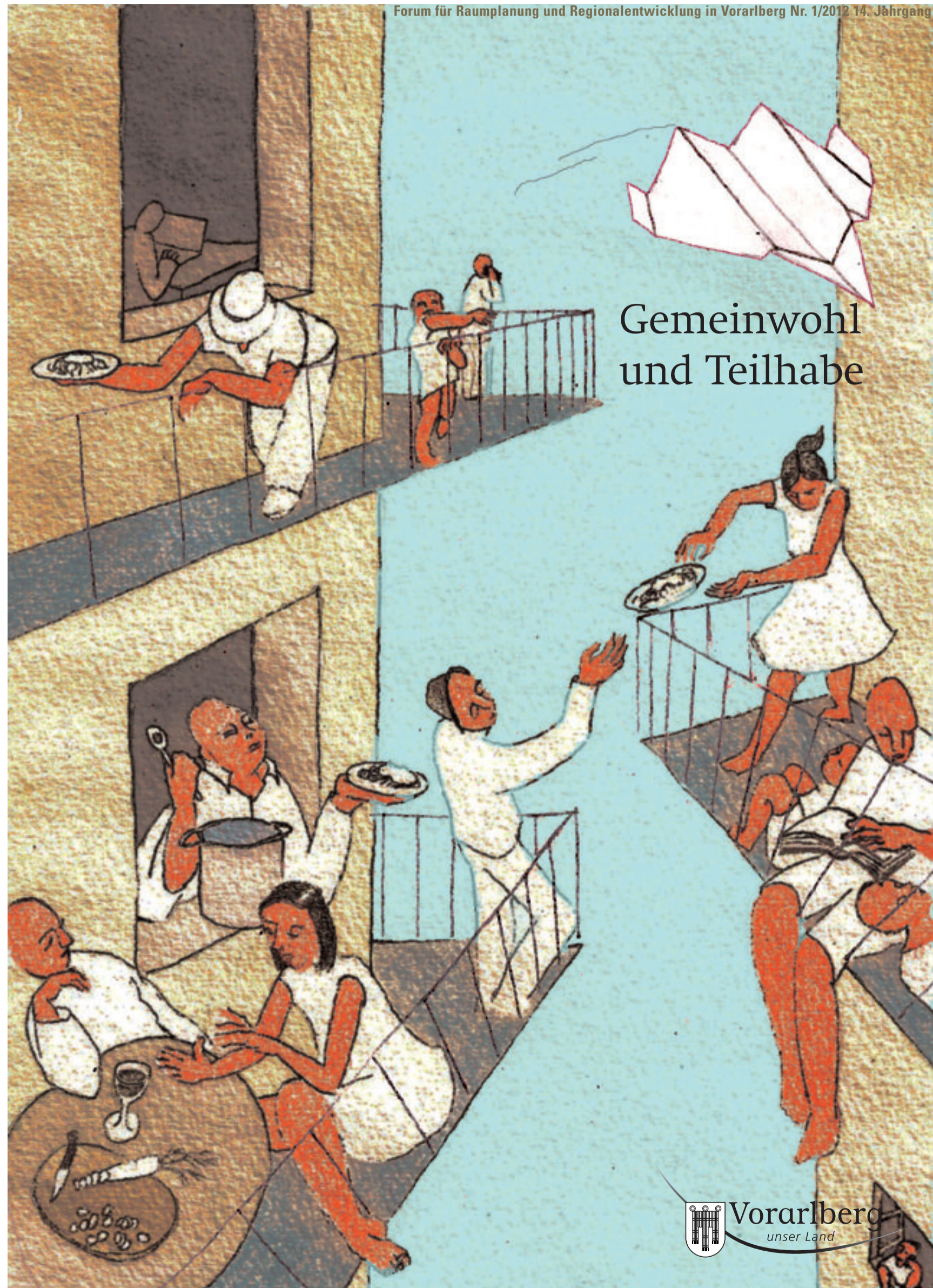


Vorum

Verlagspostamt 6922 Wolfurt
Erscheinungsort Bregenz, P.b.
Nr. 022031538

Forum für Raumplanung und Regionalentwicklung in Vorarlberg Nr. 1/2012 14. Jahrgang



Gemeinwohl und Teilhabe



IMPRESSUM: Medieninhaber und Herausgeber: Amt der Vorarlberger Landesregierung, Abt. Raumplanung und Baurecht, 6900 Bregenz, www.vorarlberg.at/gemeindeentwicklung **Erscheinungsweise:** vier Mal jährlich **Auflage:** 7.250 Stück **Für den Inhalt verantwortlich:** Dr. Wilfried Bertsch **Redaktionsleitung:** Karin Luger, E-Mail: k.luger@change-architekten.com **Redaktionsteam:** Dr. Wilfried Bertsch, Dr. Sabine Miessgang, Heiko Moosbrugger Mag. Stefan Obkircher, DI Kornelia Rhombert, Ing. Christoph Türtscher **Lektorat:** Heike Montiperte, Feldkirch **Cover:** Illustration von Olivia Gröbly/Neustart Schweiz **Gestaltung:** Bertolini LDT, Bregenz **Druck:** Thurnher, Rankweil. Die Redaktion ersucht diejenigen Urheber, Rechtsnachfolger und Werknutzungsberechtigten, die nicht kontaktiert werden konnten, im Falle des fehlenden Einverständnisses zur Vervielfältigung, Veröffentlichung und Verwertung von Werkabildungen bzw. Fotografien im Rahmen dieser Publikation um Kontaktaufnahme. Offenlegung gemäß § 52 Mediengesetz ist auf www.vorarlberg.at/gemeindeentwicklung veröffentlicht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben ausschließlich die Meinung des Autors wieder, die sich nicht mit der des Herausgebers oder der Redaktion decken muss. Sinngemäße textliche Überarbeitungen behält sich die Redaktion vor. Zugunsten der Lesbarkeit wird, wenn von den Autorinnen und Autoren nicht anders vorgesehen, von geschlechtsspezifischen Endungen abgesehen. **Ein kostenloses und jederzeit kündbares Abonnement der Zeitschrift Vorum kann angefordert werden bei:** E-Mail: raumplanung@vorarlberg.at; Tel. +43 (0) 5574/511-27105

Thomas Gröbly – Ethiker MAE
Dozent für Ethik an der FHNW Windisch/Schweiz und
HAFL (Hochschule für Agrar-, Forst- und
Lebensmittelwissenschaften) Zollikofen/Schweiz
www.ethik-labor.ch



Foto: Thomas Gröbly

Wir brauchen Orte für ein Leben zum Wohle aller

Oft hört man Klagen über den Zerfall unserer Werte. Viele der gegenwärtigen Krisen deuten tatsächlich darauf hin, dass wir in eine Sackgasse geraten sind. Wir brauchen neue Werte und Menschen, die dafür einstehen. Doch wie kommen diese in die Welt und wie prägen sie unser Handeln?

Werte kann man weder im Warenhaus kaufen noch von Amtsstuben aus verordnen. Werte entstehen in verbindlichen Beziehungen. Was das für einen Umgang mit den gegenwärtigen Krisen und für eine lebensfreundliche Lokal- und Regionalentwicklung bedeutet, skizziere ich in diesem Artikel. Es geht darum, Orte zu gestalten, an denen Menschen Werte für ein gutes Leben aller schaffen.

An welche Mauern fahren wir?

Wir stehen heute vor historisch einmaligen Herausforderungen: Der Peak Oil leitet das Ende der fossilen Weltwirtschaft ein. Das ist dramatisch, denn mehr als 80 % der Energie stammen von fossilen Quellen. Wir sind mit den Folgen der Klimaerwärmung und den Umweltverschmutzungen konfrontiert: Wetterextreme, Verschiebungen der Vegetationszonen, Wasserknappheiten durch das Abtauen von Gletschern, Verlust von Biodiversität sowie Bodenerosion. Die Lage wird durch ein Finanzsystem verschärft, welches äußerst instabil ist und mit hohen Renditeerwartungen die Realwirtschaft in Geiselhaft genommen hat.

Wir können also von einer vielschichtigen Zivilisationskrise sprechen, für die herkömmliche Lösungskonzepte wie etwa die weitere Ankurbelung des Wirtschaftswachstums untauglich sind – wir können Feuer nicht mit einem Flammenwerfer bekämpfen!

Krise der Seele

Es ist eine Illusion, wenn wir meinen, dass Lebensqualität identisch mit mehr Geld, Wachstum und Beschleunigung sei. Eine Effizienzrevolution alleine genügt zur Lösung der beschriebenen Zivilisationskrise nicht, denn alle Einsparungen werden zumeist durch Wachstum und Mehrkonsum kompensiert. Wir brauchen zusätzlich Suffizienzstrategien, welche Wege aufzeigen, wie wir mit unseren begrenzten Ressourcen umgehen können. Wollen wir mit unseren Ackerfrüchten die Menschen ernähren oder Autos antreiben? Wollen wir mit der beschränkten Energie Konsumprodukte herstellen, die nach kurzer Zeit auf dem Müll landen? Wir müssen aushandeln, was wir mit der beschränkten Menge an Ressourcen und Energie machen wollen. Das Motto „Kleiner-langsamere-weniger“ sieht wie eine massive Einschränkung der Freiheit aus. Wir erleben aber, dass die vermeintliche Freiheit der Wachstumswirtschaft zu vielen Zwängen führt: Stress am Arbeitsplatz, tiefe Löhne, anonyme Quartiere, Ausbeutung von Tieren und der Natur, Arbeitslosigkeit und eine Verlagerung der Kosten auf zukünftige Menschen. Viele sagen mir, dass sie nur noch den Kollaps als Ausweg sehen. Ich mag jedoch nicht resignieren und dem Zynismus Hand bieten, denn viele Initiativen machen mir Mut.

Gutes Leben beginnt in verbindlichen Beziehungen

Was bedeutet die Aussage, dass Werte in verbindlichen Beziehungen entstehen? Wenn ich für 5 Euro ein T-Shirt kaufe, wähne ich mich glücklich. So ein Schnäppchenkauf verschleiert aber die Zusammenhänge: Die mit viel Pestizid bespritzte Baumwolle, welche die Bäuerinnen und Bauern aus so genannten Entwicklungsländern krank macht. Die schlechten Löhne entlang der ganzen Produktionskette usw. Beim Kauf des T-Shirts muss ich den kranken Bäuerinnen und den Bauern nicht in die Augen sehen. Wenn ich jedoch als Bäcker meinem Nachbarn ein altes Brot verkaufe, wird er mich zur Rede stellen. Dieser direkte Kontakt hilft mir, Verantwortung zu übernehmen. Ich würde meine Kunden in der Bäckerei nicht täuschen, weil ich sozial akzeptiert und respektiert sein will. Ich nenne das „Handeln aus innerer Notwendigkeit“:

„Wir können Feuer nicht mit einem Flammenwerfer bekämpfen.“

Wie können wir Räume und Situationen schaffen, damit wir jenseits von finanziellen Anreizen uns für eine lebenswerte Welt engagieren? Indem wir Quartiere und Regionen schaffen, welche mit-helfen, dass wir Verantwortung übernehmen und wo verbindliche Beziehungen im Zentrum stehen. Das können Familien, Schulen, Nachbarschaften, Kirchgemeinden, NGO's oder Unternehmen sein. Es ist auch global möglich: mit Menschen, die für uns Kaffee oder Bananen anbauen.

Wer arbeitet, hat keine Zeit Geld zu verdienen!

Geld mit Zins und Zinseszins erzwingt Wachstum. Hatte die Wirtschaft ursprünglich die Bedeutung, Güter und Dienstleistungen für die Menschen bereitzustellen, muss sie mehr und mehr den Profitinteressen dienen. Mit den überhöhten Renditeerwartungen entsteht eine Verkehrung der Werte: Statt des guten Lebens und Lebensqualität für alle stehen die Profite für wenige im Zentrum. Die Subsistenzperspektive ist eine Möglichkeit aus diesen Systemzwängen auszutreten. Sie orientiert sich an den Notwendigkeiten wie Essen, Wohnen, Bildung und den sozialen Beziehungen. Der Bedarf an allem Lebensnotwendigen hat absoluten Vorrang vor dem Geldverdienen. Ziele sind beispiels-

weise eine Stärkung der lokalen Versorgung und die Steigerung der Kompetenzen des Selber-machens und des Handwerks.

Wir sollten uns nicht von Systemen, Institutionen und Märkten abhängig machen, welche wir nicht mitgestalten können. Das ist keine Absage an den globalen Markt. Dieser sollte aber die Ausnahme werden und die lokale Versorgung die Regel. Bei jeder alltäglichen Handlung kann ich fragen, ob sie der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit weltweit dient oder dem Kapital. Ob es hilft, koloniale strukturelle Gewalt abzubauen oder diese zu festigen. Die Subsistenzperspektive ist kein Zurück in die Steinzeit, sondern eine realistische, realisierbare und notwendige unternehmerische Alternative zur wirtschaftlichen Globalisierung und zur unsicheren und grenzenlosen Finanzwelt. Sie baut auf Eigenverantwortung und Eigeninitiative. Wir können hier und heute damit beginnen und müssen nicht auf eine Lösung von oben, vom Staat oder irgendeiner anderen Autorität warten. Es ist ein wichtiger Beitrag zu einer nachhaltigen Gesellschaft, welche zwangsläufig eine Nah-Wirtschaft

ist. Wir stehen überhaupt nicht am Anfang. Es gibt viele kleine und größere Initiativen, wo für alle Menschen die Möglichkeit besteht, in irgendeiner Form mitzumachen.

Gelungene Initiativen

Zu den gelungenen Gemeinwohl-Initiativen können Open-Source-Projekte wie Wikipedia oder Linux, Tauschkreise, regionale Währungssysteme ohne Zinsen oder auch Direktvermarktungen und die Vertragslandwirtschaft gezählt werden.

Der Verein Neustart Schweiz sieht sich als Plattform zur Förderung und Vermittlung solcher Initiativen (www.neustartschweiz.ch). Es ist faszinierend, dass viele auch junge Menschen zu den treibenden Kräften gehören.

Ein weiteres Beispiel ist die Genossenschaft "mehr als wohnen". Hier wird versucht, nicht nur die Lokalisierung der Wirtschaft umzusetzen, sondern auch Nachbarschaften zu bilden, wo Werte für ein gutes Leben für alle heute und in der Zukunft gebildet werden.

„Wir müssen aushandeln, was wir mit der beschränkten Menge an Ressourcen und Energie machen wollen.“

Gemeinwohlorientierte Entwicklung – Wer hat welche Rolle?

Eine „ethische Steuerung“ kann nicht an die Politiker und Behörden delegiert werden. Alle Menschen mit ihren verschiedenen Rollen sind für die Realisierung einer lebenswerten Welt verantwortlich.

Politik und Behörden können Anreize schaffen, die diesen Umbau begünstigen, etwa Kostenwahrheit zur Internalisierung der externen Kosten, steuerliche Begünstigungen von sozial und ökologisch nachhaltigen Unternehmen, Förderung von Genossenschaften, Regionalwährungen zur Stärkung der lokalen Wirtschaftskreisläufe, Bekämpfung von Spekulation und Privatisierungen durch eine Stärkung der öffentlichen Hand und den Schutz von öffentlichen Gütern. Politikerinnen und Politiker brauchen den Mut und den Weitblick, sich für eine zukunftsfähige, weltweit solidarische und lokal verwurzelte Wirtschaft stark zu machen.

Unternehmen sind gefordert, ihre Produktion und Produktpalette den neuen Anforderungen anzupassen. Die Stärkung von regionalen Wirtschaftssystemen stellt eine Chance für das Gemeinwohl dar und hilft, ökonomische Risiken abzubauen.

Bürgerinnen und Bürger müssen beim Konsum und bei Investitionen, beim Geldanlagen und bei politischen Abstimmungen die genannten Ziele im Auge behalten. Konsumierende sollten nicht nur auf den Preis schauen, sondern sich bewusst werden, dass jeder Einkauf ein Signal ist und mehr des-selben verlangt.

Die Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW begleitet mit seinem Projekt „Bildung für Nachhaltigkeit“ Institutionen, Unternehmen und Gemeinden bei der Umsetzung der genannten Prozesse. Insbesondere ist es wichtig, dass wir lernen im Sinne von „small is beautiful“ Glück und Wohlstand vom „Größer-schneller-mehr“ abzukoppeln. Gerade in diesen aufgeregten Zeiten gilt es, an unserem Ort eine solidarische und lebenswertere Welt mitzugestalten.



Foto: Baugenossenschaft MEHR ALS WOHNEN, Visualisierung: Carol Egger, für Arbeitsgemeinschaft FUTURAFROSCH und DURLEX architekten, Zürich

MEHR ALS WOHNEN: Eine zukunftsweisende Wohnsiedlung

In Zürich entsteht ein ganzes Quartier, in dem die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft erprobt werden. Die Gebäude werden ökologisch vorbildlich für rund 1100 Menschen erbaut und betrieben. Ein breites Angebot an umweltverträglichen Verkehrsmitteln macht den Autoverkehr weitgehend überflüssig.

In der neuen Siedlung werden verschiedene, teilweise ganz neue Wohnformen nebeneinander Platz finden. Dazu gehören nebst Familien-, Alters-,

Single- und WG-Wohnungen auch ganz neue Formen (Satellitenwohnungen), eine Rezeption mit Serviceangebot, eine sogenannte Locanda (Hotelzimmer), ein öffentliches und ein Siedlungsrestaurant. Viele dieser Angebote sollen von den Bewohner/innen mitgestaltet und mitgetragen werden.

Eine hochstehende Architektur macht die Siedlung europaweit zu einem „Leuchtturm“ des Wohnens. www.mehralswohnen.ch

Ihr vorum Redaktionsteam

Landesstatthalter
Mag. Karlheinz Rüdissler
E-Mail:
karlheinz.ruedissler@vorarlberg.at



Foto: Land Vorarlberg



Impressionen vom ersten Jahrestreffen der Bewegung „Gemeinwohl-Ökonomie“ in Wien. Foto: Christian Felber

Christian Felber ist freier Autor, Übersetzer und Publizist zu Umwelt- Wirtschafts- und Gesellschaftsfragen. Mitbegründer und Sprecher von Attac Österreich, Initiator der Demokratischen Bank und der Bewegung „Gemeinwohl-Ökonomie“ sowie Autor des gleichnamigen Buches. Er lebt in Wien.
www.christian-felber.at
www.demokratische-bank.at
www.gemeinwohl-oekonomie.org



Foto: Christian Felber

Gemeinwohl = Lebensqualität

Das Streben nach Gemeinwohl bewegt die Menschen seit jeher. Von den großen Philosophen der Antike wie Platon oder Aristoteles, die das Glück der Bürger in den Mittelpunkt der Überlegungen der klassischen Philosophie stellen, über Thomas von Aquin, der das „bonum commune“ als höchstes Gut sieht, nach dem alle streben, bis hin zu den Philosophen der Neuzeit, die Gemeinwohl in untrennbarem Zusammenhang mit dem Individualwohl sehen:

Alle wollen das größtmögliche Glück für eine größtmögliche Zahl von Privatpersonen.

Das verstärkte Streben nach Gemeinwohl hat Konjunktur, um in der Sprache des Ökonomen zu sprechen. Das ist insofern interessant, als noch nie in der Geschichte unseres Kulturkreises so viele Menschen in so hohem Wohlstand und in dieser Freiheit leben dürfen. Sucht man nach konkreten Inhalten des Gemeinwohls, stößt man auf Begriffe wie Menschenwürde, Solidarität, ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit oder demokratische Mitbestimmung und Transparenz. Daraus resultiert, dass sich eine zukunftsfähige Gesellschaft oder eine Region mit hoher Lebensqualität nicht ausschließlich über wirtschaftliche Dynamik und Leistungskennziffern definieren lässt.

Entscheidend ist vielmehr, wie es unserer Gesellschaft gelingt, diesen Werten des Gemeinwohls Rechnung zu tragen:

Durch Menschen, die bereit sind, sich ehrenamtlich zu engagieren. Durch politisch und gesellschaftlich gemeinsam getragene Visionen wie jene der Energieautonomie. Durch Planungsprozesse, die von der Basis mitgetragen werden und die die Bevölkerung daher frühzeitig auf verschiedene Weise einbinden. Oder durch die Bereitschaft zur Kooperation zwischen Gemeinden, die letztlich zu einem besseren Angebot an öffentlichen Leistungen und damit zu einem höheren Nutzen für die Menschen unseres Landes führt.

Auf dem Weg zur Gemeinwohl-Ökonomie

Strategien für eine zukunftsfähige Gesellschaft

Am 6. Oktober 2010 startete in Wien der Bottom-up-Wirtschaftsreformprozess „Gemeinwohl-Ökonomie“. Die Bewegung möchte den fundamentalen Werte-Widerspruch zwischen Kapitalismus und Gesellschaft und Natur aufheben. Zu diesem Zweck soll der rechtliche Anreizrahmen von Finanzgewinnstreben und Kon(tr)kurrenz auf Gemeinwohlstreben und Kooperation umgestellt und wirtschaftlicher Erfolg zukünftig mit Gemeinwohl-Bilanz und Gemeinwohl-Produkt gemessen werden.

Die Idee breitet sich in Windeseile aus

Ende März unterstützten fast 600 Unternehmen aus 14 Staaten die Initiative, rund 250 werden 2012 die Gemeinwohl-Bilanz erstellen. Mehr als 30 lokale Energiefelder, welche die Unternehmen begleiten und die Idee bekannt machen, haben sich vom Alpenraum über Spanien bis Lateinamerika und New York gebildet. Auch in Vorarlberg machen immer mehr Unternehmen und Privatpersonen in einem lokalen Energiefeld mit.

Aktuell wird das Konzept der Gemeinwohl-Gemeinde entwickelt. Formal könnte eine Gemeinde zur Gemeinwohl-Gemeinde werden, indem der Gemeinderat eine Deklaration beschließt, die vom Verein zur Förderung der Gemeinwohl-Ökonomie ausgearbeitet wird und um eigene Ideen und Initiativen der Gemeinde ergänzt werden kann.

Folgende fünf Projekte könnten die Kernelemente einer Gemeinwohl-Gemeinde sein:

1. Gemeinwohl-Bilanz für Unternehmen

Eine Gemeinwohl-Gemeinde lädt die ansässigen Unternehmen ein, die Gemeinwohl-Bilanz zu erstellen und macht diese Gruppe von Pionierunternehmen und ihre besonderen Leistungen für das Gemeinwohl öffentlich sichtbar, beispielsweise im Rahmen einer jährlichen Feier. Außer-

dem können sie über diverse Anreizinstrumente, vor allem im öffentlichen Auftrag und Einkauf gefördert werden.

In einigen Regionen wie Südtirol hat es sich bewährt, dass erfahrene lokale UnternehmensberaterInnen den Prozess der Pionierunternehmen begleiten und von der Erstinformation über die Gemeinwohl-Ökonomie bis zur ersten auditierten Bilanz alles in einem Paket anbieten. Die Kosten dieses Services könnten von der Gemeinde getragen werden. Ein solcher Gemeinwohl-Bilanz-Prozess mit lokalen Unternehmen lässt sich auch gut in andere Prozesse, zum Beispiel in einen LA-21- oder in einen Regionalentwicklungsprozess integrieren.

„Auch in Vorarlberg machen immer mehr Unternehmen und Privatpersonen in einem lokalen Energiefeld mit.“

2. Gemeinwohl-Bilanz für Gemeinden

Eine Gemeinwohl-Gemeinde erstellt für ihren eigenen Verwaltungs- und Wirtschaftsteil die Gemeinwohl-Bilanz, veröffentlicht diese und lädt befreundete und Nachbargemeinden ein, es ihr gleichzutun. In späterer Folge könnte das erzielte Gemeinwohl-Bilanz-Ergebnis Auswirkung haben auf die (EU-)Gemeindeförderungen und auf den Finanzausgleich: Wenn eine Gemeinde viel für Mensch und Natur tut, soll sie auch entsprechende Erleichterungen gegenüber jenen Gemeinden genießen, die geringere Anstrengungen unternehmen. Gegenwärtig prüft bereits eine österreichische Landeshauptstadt die Erstellung einer Gemeinwohl-Bilanz des Magistrats. In Deutschland prüfen zwei Universitäten die Erstellung einer Gemeinwohl-Bilanz.

„Ziel ist nicht, dass eine Gemeinde „besser“ ist als eine andere, sondern dass sich eine Gemeinde in den ihr wichtigen Lebensqualitätsfaktoren verbessern möchte.“

3. Kommunalen Gemeinwohl-Index

Es wird partizipativ ein Index für die Lebensqualität in einer Gemeinde entwickelt, der sich auf der Ebene zwischen Gemeinwohl-Produkt (Volkswirtschaft) und Gemeinwohl-Bilanz (Unternehmen) befindet. Via BürgerInnenbeteiligungsverfahren könnten die zehn bis 20 wichtigsten Lebensqualitätsfaktoren ermittelt werden. Diese könnten einmal jährlich, teils mittels Befragung aller Haushalte, gemessen werden. Im Unterschied zum Gemeinwohl-Produkt, das zumindest EU-weit

einheitlich sein sollte, könnten sich die Gemeinwohl-Indizes von Gemeinde zu Gemeinde unterscheiden: Ziel ist nicht, dass eine Gemeinde „besser“ ist als eine andere, sondern dass sich eine Gemeinde in den ihr wichtigen Lebensqualitätsfaktoren verbessern möchte.

4. Kommunalen Wirtschaftskonvent

BürgerInnen ermitteln in Beteiligungsprojekten zur Ermöglichung und Förderung eines kommunalen Wirtschaftskonvents jene rund 20 rechtlichen Spielregeln, nach denen die Wirtschaft funktionieren soll. Laut einer Umfrage der Bertelsmann-Stiftung vom Juli 2010 wünschen sich 90 Prozent der Menschen in Österreich eine neue Wirtschaftsordnung. Wer, wenn nicht die Bevölkerung selbst, könnte die Grundzüge einer humaneren, demokratischeren, sozialeren, ökologischeren und regionaleren Wirtschaftsordnung entwickeln? Ein Konvent beschreibt üblicherweise die Verfassung für ein demokratisches Gemeinwesen. Im Wirtschaftskonvent wird „nur“ der Verfassungsteil ausgearbeitet – erstmals in der Geschichte der Menschheit in einem Bottom-up-Verfahren. Das Prozessdesign für einen kommunalen Wirtschaftskonvent wird gerade von einem breiten Redaktionsteam der Zivilgesellschaft ausgearbeitet. Es wird bis spätestens September 2012 verfügbar sein.

5. Betreiben einer „Gemeinwohl-Region“

Mehrere Gemeinwohl-Gemeinden können sich entsprechend ihrer geografischen Einbettung, beispielsweise Pinzgau, Vintschgau, Allgäu, Walgau oder Thurgau, zur Gemeinwohl-Region zusammenschließen. Auf diese Weise können die Gemeinden gemeinsam lernen und sich gegenseitig befruchten. Eine Gemeinwohl-Region kann zusammen mit Gemeinwohl-Gemeinden das jeweilige Bundesland auffordern, zu einem „Gemeinwohl-Land“ zu werden ...

Großes internationales Interesse am Konzept der Gemeinwohl-Gemeinde

Obwohl die Initiative der Gemeinwohl-Ökonomie noch sehr jung ist, erzielte ihr Konzept bereits in Österreich, Bayern, Südtirol, der Schweiz und Spanien großes Interesse. Der Gesamtprozess der Gemeinwohl-Ökonomie feiert am 6. Oktober 2012 seinen zweiten Jahrestag. Zu diesem Anlass wird die zweite internationale Gemeinwohl-Bilanz-Presskonferenz abgehalten – ein idealer Rahmen für die ersten Kandidaten einer Gemeinwohl-Gemeinde, um bekannt zu geben, dass sie oben beschriebene Projekte nach und nach umsetzen.

Gemeinwohl-Ökonomie in Vorarlberg

Das Energiefeld Vorarlberg sieht sich als eine regionale Vernetzungsplattform. Es ist sowohl eine Anlaufstelle für alle, die mehr über die GWÖ erfahren und mit ihr in Verbindung treten möchten als auch eine Schnittstelle für alle Engagierten.

Wer mehr über das Energiefeld Vorarlberg oder Möglichkeiten sich zu engagieren und den Gesamtprozess der Gemeinwohl-Ökonomie erfahren möchten, ist herzlich eingeladen.

Monatliche Atelier-Treffen in St. Arbogast/Götzis bis Sommer 2012:

7. Mai 2012, 18.30 – 20.30 Uhr
4. Juni 2012, 18.30 – 20.30 Uhr
2. Juli 2012, 18.30 – 20.30 Uhr

Anmeldung unter:
e.gruber@landschaftsarchitektur-gh.at



Christian Felber
Gemeinwohl-Ökonomie
ISBN 978-3-552-06188-0
Deuticke Verlag

Prof. Dr. Dietmar Rößl | Mag. Elisabeth Reiner | Dr. Richard Lang
 In den Jahren 2008 bis 2010 beschäftigte sich das
 Forschungsinstitut für Kooperationen und Genossenschaften
 an der Wirtschaftsuniversität Wien in einem vom Österreichischen
 Gemeindebund in Auftrag gegebenen Forschungsprojekt
 mit genossenschaftlichen Public-Citizen-Partnerships (PCPs)
 als Alternative zur Lösung kommunaler Aufgaben.
 www.wu.ac.at/ricc



Foto: RICC

Genossenschafts- und Kooperationsmodelle

Alternative Lösungsstrategien für die Erfüllung kommunaler Aufgaben

Neue Zusammenarbeitsformen zwischen BürgerInnen und Gemeinde können dazu beitragen, kostengünstig die Erhaltung kommunaler Infrastruktur zu sichern sowie neue Leistungen für die BewohnerInnen anzubieten. Gleichzeitig werden die Vernetzungen in der Gemeinde entwickelt, BürgerInnen aktiviert und Freiwilligenarbeit mobilisiert, sowie der Gemeinschaftssinn und damit das Sozialkapital in der Gemeinde gestärkt.

Viele österreichische Gemeinden kämpfen in den letzten Jahren vermehrt mit Budgetproblemen bei gleichzeitig wachsenden Herausforderungen. Die Schuldenlast führt dazu, dass viele Leistungen, die früher noch selbstverständlich von den Gemeinden wahrgenommen wurden, heute nicht mehr ohne weiteres leistbar sind.

Diese Leistungen werden vielfach der sogenannten kommunalen Daseinsvorsorge zugeordnet. Dazu zählen beispielsweise Schwimmbäder, Sozialzentren, Seniorentaxis oder die Bereitstellung einer Nahversorgungsinfrastruktur. Viele dieser Aufgaben werden oft nicht von der Gemeinde selbst oder deren Unternehmungen sondern durch Private wahrgenommen. Doch welche anderen Möglichkeiten bestehen, wenn etwa das defizitäre Gemeindefreibad nicht mehr weitergeführt werden kann?

Partizipative Modelle können eine attraktive Alternative zu Public-Private-Partnerships (PPPs) darstellen. Im Vergleich zu PPPs, bei denen kommu-

„Genossenschaftsmodelle ermöglichen eine aktive Mitgestaltung der Gemeindeentwicklung durch die BürgerInnen.“

nale Aufgaben zur Gänze an private, lokal oft nicht verankerte sowie profitorientierte Anbieter ausgelagert werden, kooperieren bei Public-Citizen-Partnerships (PCPs) die Gemeinden mit ihren BürgerInnen, indem gemeinsam Konzepte für die kommunale Daseinsvorsorge erarbeitet und umgesetzt werden.

Erfolgsmodell Genossenschaft

Die Genossenschaft eignet sich aus mehreren Gründen für PCP-Modelle: Der Ein- und Austritt der Mitglieder, also der beteiligten BürgerInnen, ist einfach. Sie zeichnen einen Genossenschaftsanteil, dessen Höhe von der Satzung bestimmt wird, und bekommen so ein Mitsprache- und Mitgestaltungsrecht. Dabei hat jeder Kopf eine Stimme. Gleichzeitig beschränkt der Genossenschaftsanteil auch die Haftung der Genossenschaftsmitglieder. Gefah-

tet wird grundsätzlich mit dem gezeichneten Genossenschaftsanteil und einem weiteren Betrag in derselben Höhe. Das unternehmerische Risiko, das bei einer Beteiligung an einer PCP-Unternehmung eingegangen wird, ist daher gut abschätzbar.

Weiters ermöglicht das Genossenschaftsmodell aufgrund seines flexiblen und zugleich professionellen Organisationsrahmens den BürgerInnen eine aktive Mitgestaltung der Gemeindeentwicklung.

Insgesamt sind Genossenschaften nahezu prädestiniert dafür, die Erfüllung kommunaler Aufgaben bürgernah zu gewährleisten, Freiwilligenarbeit zu mobilisieren, Sozialkapital zu generieren und gleichzeitig die Kontrolle der Verwendung öffentlicher Gelder sicherzustellen.

Beispiele bewährter Genossenschaften

In der norddeutschen Stadt Wunstorf nahe Hannover wurde im Jahr 2005 die Genossenschaft *Naturerlebnisbad Luth eG* gegründet, die derzeit auf etwa eintausend Mitglieder verweisen kann. Die Genossenschaft übernahm die Revitalisierung eines gemeindeeigenen Schwimmbades, das geschlossen werden sollte. Nicht zuletzt durch ehrenamtliche Leistungen der BürgerInnen reduzierten sich die Sanierungs- und Betriebskosten des naturnahen Freibades deutlich. Die Stadt Wunstorf stellt der Betriebsgenossenschaft das Freibadareal für einen symbolischen Pachtzins von einem Euro im Jahr zur Verfügung und leistet zudem einen jährlichen Kostenzuschuss.

Vergleichbare Beispiele finden sich auch im Bereich der Nahversorgung. Anfang 2011 wurde etwa im niederösterreichischen Kirchstetten eine Nahversorger-Genossenschaft gegründet, da der letzte Nahversorger im Ort schließen musste. Die Vorstandsposten werden ehrenamtlich von Bürgern übernommen, die in der gleichzeitigen Rolle als Unternehmensberater und Prokurist betriebswirtschaftliches Know-how einbringen. Nach nur einem Monat zählte die Genossenschaft bereits 110 Mitglieder, wobei viele sich bereits im Zuge der Adaptierung des Geschäftslokals mit ehrenamtlicher Arbeit einbrachten.

Erforderliche Bereitschaft der Gemeindeführung

Forschungsergebnisse der Wirtschaftsuniversität Wien zum Thema PCP zeigen, dass grundsätzlich auf Seiten der BürgerInnen die Bereitschaft zu ehrenamtlichem Engagement in ihrer Gemeinde besteht, was sich durch geleistete ehrenamtliche Tätigkeiten belegen lässt. Dieses Engagement bezieht sich allerdings hauptsächlich auf das regionale Vereinsleben ohne Bedeutung für zentrale kommunale Versorgungsleistungen. Auch von den GemeindepolitikerInnen wird dies ähnlich gesehen: Bürger-

„Generell müssen sowohl auf Seiten der Gemeindeführung als auch auf Seiten der BürgerInnen gewisse Vorbedingungen vorhanden sein.“

schaftliches Engagement gilt als Bereicherung für das soziale Zusammenleben in der Gemeinde – als Steuerungs- und Gestaltungsprinzip des Gemeinwesens wird es jedoch meist nicht anerkannt. Laut der Umfrage *Mehr Staat – weniger Privat?* eines österreichischen Meinungsforschungsinstitutes aus dem Jahr 2009 gehen 70 Prozent der BürgermeisterInnen davon aus, dass viele öffentliche Leistungen in Zukunft nicht mehr finanzierbar sein werden. Trotzdem fällt es ihnen schwer, das Angebot kommunaler Leistungen von der aktiven Mitarbeit der BürgerInnen abhängig zu machen und BürgerInnen nicht nur für operative Arbeiten heranzuziehen, sondern in Entscheidungsprozesse einzubinden. Eine unabdingbare Voraussetzung für das Gelingen von PCP-Unternehmungen sind daher BürgermeisterInnen, die bereit sind, Macht und Kontrolle ein Stück weit abzugeben.

Bedingungen und Wirkungen gelingender PCP-Unternehmungen

Da PCP-Unternehmungen unterschiedliche Interessen innerhalb der Gemeinde berühren, sind an deren Entwicklung heterogene Arbeitsgruppen beteiligt, was hohe Anforderungen an die Prozessbegleitung stellt. Generell müssen sowohl auf Seiten der Gemeindeführung als auch auf Seiten der BürgerInnen gewisse Vorbedingungen vorhanden sein. So dürfen die Akteure mit dem PCP-Vorhaben keine versteckten Absichten verfolgen, wie etwa sich für die nächsten Kommunalwahlen ins Licht rücken zu wollen. Auch müssen die Bereitschaft zur Teilnahme, Verständnis für die Notwendigkeit einer kooperativen Problemlösung, finanzielle Mittel zum Start des PCP-Vorhabens sowie ein parteiübergreifender Grundkonsens zwischen den zentralen kommunalpolitischen Akteuren gegeben sein. Wenn diese Vorbedingungen erfüllt sind und sich BürgerInnen und die Gemeindeführung auf gleicher Augenhöhe begegnen, sind mit PCP-Unternehmungen positive Effekte für die gemeinwohlorientierte Entwicklung einer Kommune durchaus realistisch.

Eine überörtliche Zusammenarbeit von Gemeinden trägt auch dem Gemeinwohl Rechnung

vorum: Herr Sonderegger, welche Bedeutung und Relevanz hat der Begriff des Gemeinwohls für Sie in Ihrer Funktion als Bürgermeister und Präsident des Vorarlberger Gemeindeverbandes?

Harald Sonderegger: Gemeinwohl lässt sich sehr breit verstehen und wird trotz der implizierten Objektivierung des Begriffs meist sehr subjektiv verwendet und verstanden. Je nach Einzelinteresse, Haltung und Standpunkt ändert sich auch die Perspektive und somit der Anspruch an Entscheidungen zum Wohle der Allgemeinheit. Für mich ist daher wesentlich, dass trotz verschiedenster Eigeninteressen und unterschiedlichster Auffassungen zu einem bestimmten Sachverhalt die Bereitschaft besteht, im Interesse eines langfristig friedlichen und kooperativen Zusammenlebens innerhalb einer Kommune einen gemeinsamen Konsens zu suchen und auch zu finden.

„Wenn es Entscheidungen ohne klare Verlierer gibt, hat man schon viel im Sinne des Gemeinwohls erreicht.“

vorum: Somit bewegen Sie sich als Bürgermeister oftmals im Spannungsfeld zwischen Einzel- und Allgemeininteresse. Wie gelingt dieser Spagat?

Harald Sonderegger: Als Bürgermeister – und das vergessen viele – haben Sie sich in vielen Themenbereichen in allererster Linie innerhalb des Rahmens der Gesetzgebung zu bewegen. Um abwägen zu können, wie Entscheidungen im Sinne eines bestmöglichen Konsenses vorangebracht werden können, braucht es neben politischem Gespür und entsprechender Sachkenntnis eine stark ausgeprägte mediative Kompetenz. Wenn es Entscheidungen ohne klare Verlierer gibt, sondern ein Konsens gefunden wird, in dem sich jeder Einzelne in der einen oder anderen Form wiederfinden kann, dann hat man schon viel im Sinne des Gemeinwohls erreicht. Wenn man jedoch den Konfliktbogen überspannt, immer wieder Einspruch erhebt, Entscheidungen anfecht und bis zur letzten Instanz weiterzieht, dann ist letztendlich

auf dem Weg dorthin oft mehr an Vertrauen und Konsensbereitschaft verloren gegangen, als allen Beteiligten lieb sein kann. Wahre Sieger sehen anders aus.

vorum: In welcher Form können Gemeindekooperationen dem Gemeinwohl dienen?

Harald Sonderegger: Kooperationen dienen dann dem Gemeinwohl, wenn sich für die Beteiligten eine Win-win-Situation ergibt. Das kann, muss aber nicht zwingend eine finanzielle Ersparnis bedeuten. Vielmehr ist entscheidend, dass durch die Kooperation die Qualität des Angebots für den Bürger gesteigert werden kann, ohne die eigene Leistungskraft der Gemeinde und ihrer Einrichtungen zu überspannen. So wird es zum Beispiel nie möglich sein, in allen Gemeinden ein flächendeckendes und zeitlich ganzjähriges Kinder- und Schülerbetreuungsangebot von 7 bis 19 Uhr anzubieten. Wenn Gemeinden in vertretbarer Entfernung sich hier aber zu Kooperationen und Schwerpunktbildungen entschließen, dann wird ein solches Angebot für alle, die es brauchen, möglich und auch leistbar.

vorum: Nahversorgung, beziehungsweise Daseinsvorsorge insbesondere in Klein- und Kleinstgemeinden ist ein wichtiges Anliegen im Land. Inwiefern können Kooperationen hier zum Gelingen beitragen?

Harald Sonderegger: Kooperationen in den klassischen Bereichen der Daseinsvorsorge haben eine langjährige Tradition. Beispiele sind hier Schulerhaltungsverbände, Wasser- und Abwasserverbände, Musikschulen und in den letzten Jahren haben auch in diversen Verwaltungsbereichen wie beispielsweise in der Personal- und Bauverwaltung sowie im Bereich der Betreuung und Pflege Kooperationsmodelle Einzug gehalten. Diese dienen jedoch nicht primär der Einsparung, sondern hier stehen ebenfalls die Absicherung des Angebotes an sich und die Erhöhung der Dienstleistungsqualität für den Bürger im Vordergrund. Hier sind die gemeinsam mit dem Land entwickelten Anreizsysteme attraktiv. Die überörtliche Zusammenarbeit muss jedoch auf einer stabilen Vertrauensbasis und einem breiten und freiwilligen Konsens der Gemeinden beruhen, wenn sie nachhaltig gelingen und damit zum Gemeinwohl beitragen soll.

vorum: Besten Dank für das Gespräch!

Mag. Harald Sonderegger ist Bürgermeister der Gemeinde Schlins und seit Mai 2011 Präsident des Vorarlberger Gemeindeverbandes.
 www.gemeindeverband.at
 E-Mail: buergermeister@schlins.at



Foto: Harald Sonderegger

Gemeinwohl – was für eine edle Ansage!

Jahrhundertlang der Inbegriff für generationentaugliches Wirtschaften von örtlichen Gemeinschaften mit und in der Natur. Bewährt und verteidigt als Garant dafür, dass Naturräume und Naturgüter nicht übernutzt, sondern unbeschadet an die Nachkommen weitergegeben werden konnten.

Die Allmein bzw. Allmende ist das Vorzeigebispiel dafür, dass das generationentaugliche Wirtschaften auch bei uns funktionierte. Bereits vor Kolumbus in Amerika landete, gab sich der Völkerbund der Irokesen das „Great Law of Peace“. Ganz im Gegensatz zu unseren heutigen, oftmals gemeingefährlich kurzsichtigen Entscheidungen war einer der wichtigsten Grundsätze, dass alle Handlungen so getroffen werden, dass bis in die siebte Generation niemand zu Schaden kommt. Die Priorität war auf die lebenserhaltenden Systeme zu legen, auf Gemeingüter wie reines Wasser, gesunden Boden, unbelastete Luft.

Fehlentwicklungen und Missbrauch im Namen des Gemeinwohls

Aber wann war wohl der *tipping point*? Seit wann wird das Gemeinwohl als „Öffentliches Interesse“ so missbraucht, dass in dessen Namen alle Schleusen für die wirtschaftlichen Begierden geöffnet werden können?

Schon in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts stellte Prof. Hans Christoph Binswanger, Volkswirtschaftler an der Universität St. Gallen, fest: „Ständig wird Natur zu Geld gemacht. So funktioniert das System. Wir verkaufen bereits Menschenrechte für kurzfristigen Profit.“

Wie oft waren wir von der Gegenseite so titulierten Naturschützer in den letzten Jahren



Die Brazer Allmein wurde 2001 gegen die Pläne zur Golfplatz-Erweiterung verteidigt. Foto: Hildegard Breiner

machtlos und entsetzt vor der Tatsache, dass mit dem Begriff „Gemeinwohl“ bzw. dem pervertierten „Öffentlichen Interesse“ alle negativen Amtsgutachten niedergebügelt wurden. Da kann zum Beispiel ein Obmann völlig ungerührt öffentlich sagen: „Von den über zehn nötigen Amtsgutachten im Verfahren sind ja nur drei negativ.“ Diese drei sind aber die, die für eine lebenswerte Welt der nächsten Generationen am fundamentalsten sind: Naturschutz, Wasserwirtschaft, Geologie.

Kinder haften für ihre Eltern

Die Aussage „Kinder haften für ihre Eltern“ ist bei unserem derzeitigen Lebensstil wohl unausbleiblich. Fatalstes Beispiel ist die weltweit ungelöste Atommüll-Lagerung. Ein Verbrechen an den künftigen Generationen. Warum nicht hinterfragen und weiterdenken? Die sogenannten „Wirtschaftlichen Zwänge“ sind doch kein eisernes Gesetz!

Je mehr Menschen auf begrenzten Räumen leben (müssen), desto nötiger, ja not-wendiger werden Tabuzonen. „Seelenlandschaften“, die im Sinne des buchstäblichen Gemeinwohls vor weiteren menschlichen Eingriffen bewahrt werden müssen. Für mein Engagement – bei allen Enttäuschungen – heißt jedenfalls das Schlüsselwort TROTZDEM!

Gemeinwohl basiert wohl darauf, dass alle in ihrem kleinen oder großen Umfeld verantwortlich handeln. Oder wie Fulbert Steffensky es ausdrückt: „Hoffen lernt man auch dadurch, dass man handelt, als sei Rettung möglich.“



Foto: Hildegard Breiner

Hildegard Breiner, Obfrau des Vorarlberger und Vizepräsidentin des Österreichischen Naturschutzbundes, Sprecherin der Vorarlberger Plattform gegen Atomgefahren, Aktivistin für die Erneuerbaren Energien. Sie lebt in Bregenz und wirkt mit ihrem Engagement weit über die Landesgrenzen hinaus. E-Mail: hildegard.breiner@aon.at

Wie Planungsprozesse im Sinne des Gemeinwohls gelingen können

Für Michael Emmenegger sind Vertrauen, Kooperation und Partizipation wichtige Pfeiler für das Gelingen von Planungsprozessen. Für Städte und Gemeinden konzipiert und moderiert der Sozialwissenschaftler Prozesse zur Raumentwicklung unter Einbezug der Anspruchsgruppen. Gemeinsam mit Wolfgang Pfefferkorn aus Wien hat er im Auftrag der Stadt Bregenz den Planungsprozess zur Neugestaltung des Kornmarktes und der umliegenden öffentlichen Räume entwickelt und das dazugehörige öffentliche Mitwirkungsverfahren mit Interessensgruppen und über 200 Bürgerinnen und Bürgern gestaltet und moderiert.

vorum: Herr Emmenegger, wie definieren Sie den Begriff Gemeinwohl für sich?

Michael Emmenegger: Ich glaube nicht, dass sich der Begriff Gemeinwohl definieren lässt – außer man geht von der Möglichkeit eines herrschaftsfreien Diskurses aus, in welchem durch Überzeugung ein Konsens bezüglich der gesellschaftlichen Werte und der Gemeinwohl-Prinzipien erreicht werden kann.

vorum: Wer prägt eigentlich die unterschiedlichen Gemeinwohl-Perspektiven?

Michael Emmenegger: Diese Perspektiven, ihre Position und Bedeutung sind stark durch die bestehenden Machtkonstellationen bestimmt. Was als „dem Gemeinwohl dienlich“ gilt, basiert meiner Meinung nach weniger auf einem gemeinsam ausgehandelten Werte-Verständnis, als dass es Ausdruck einer im Idealfall durch die politische Mehrheit formalisierte Vorstellung vom „Wohle der Gemeinschaft“ ist. Verkomplizierend wirkt, dass Vorstellungen vom „Gemeinwohl“ sich grundsätzlich unterscheiden – ob wir uns im Feld der Politik, der Ökonomie oder im Sozialen bewegen. Aus dem Blickwinkel des jeweiligen Feldes als „richtig“ erachtete Gemeinwohl-Perspektiven können sich zwischen den Feldern diametral widersprechen – und trotzdem von den gleichen Akteuren ausgesprochen und vertreten werden.

„Gemeinwohl ist dem stetigen Aushandlungsprozess der gesellschaftlichen Akteure mit ihren unterschiedlichen Gemeinwohl-Perspektiven unterworfen.“

vorum: Wie fließt der Begriff Gemeinwohl in Ihre Arbeit ein?

Michael Emmenegger: Ich arbeite wenig mit dem Begriff des Gemeinwohls. In meiner Arbeit versuche ich Voraussetzungen zu schaffen, damit die unterschiedlich mächtigen Akteure und ihre Perspektiven auf das Gemeinwesen miteinander in eine Auseinandersetzung treten können und versuchen, gemeinsam zu bestimmen, worin denn zum Beispiel bei einer Gemeindeentwicklung, einem öffentlichen Bauprojekt oder bei einer Maßnahme zur gesellschaftlichen Integration die Punkte bestehen, die insgesamt dem Wohl des Gemeinwesens am besten dienen.

vorum: Wie kann eine Lösung – in einem für das Gemeinwesen relevanten Sachverhalt – die Vorstellungen und Wünsche aller daran Beteiligten beinhalten?

Michael Emmenegger: Das geht natürlich nur, wenn der Sachverhalt überhaupt verhandelbar ist, wenn unterschiedliche Perspektiven Platz haben und ein Handlungsspielraum vorhanden ist. Dabei kommt der Verständigung eine große Bedeutung zu. Denn nur, was alle verstehen, kann gemeinsam verhandelt werden. In diesem Aushandlungsprozess bleiben die bestehenden Machtverhältnisse insgesamt jedoch weitgehend unangetastet. Es werden aber Lernprozesse in Gang gesetzt, die helfen, die unterschiedlichen Perspektiven auf das Gemeinwesen zu entdecken und dank einer Kultur der Partizipation auch in ein fruchtbares Ergebnis einzubinden.

vorum: Wie stellen Sie in Ihrer Arbeit sicher, dass die dafür notwendigen Aushandlungsprozesse mit allen betroffenen Akteuren stattfinden?

„Partizipation macht Prozesse und Projekte langfristig tragfähig.“

Michael Emmenegger: Dies kann nur sichergestellt werden, wenn die Verantwortlichen bereit sind, alle Akteure und deren Meinungen in geeignetem Maß in einen Prozess einzubinden. Dies gelingt manchmal gut und manchmal braucht es einiges an Überzeugungskraft. Hilfreich sind dazu eine genaue Analyse der bestehenden Situation und ein klares Prozessdesign, in welchem die Regeln der Beteiligung verständlich gemacht und der Grad der Mitwirkung bestimmt wird. Es braucht also in jedem Fall eine sorgfältige Vorbereitung und eine Klärung der Verantwortlichkeiten und der Rahmenbedingungen. Sind dann jedoch die relevanten Akteure von Beginn weg an den Entscheidungen beteiligt, entwerfen und tragen sie diese sogar mit, dann sind diese auch breiter abgestützt. Wenn dann zusätzlich auch noch die Widersprüche, die bei der gemeinsamen Arbeit im Planungsprozess entstehen, von den Beteiligten verstanden und unterschiedliche Positionen ausgehalten werden, dann ist viel erreicht.

vorum: Eine Haltung des Vertrauens in die Sache und in die Akteure erscheint hier wohl wesentlich zu sein ...

Michael Emmenegger: Unbedingt, meine Erfahrung zeigt, dass Partizipation Prozesse und Projekte langfristig tragfähig und erfolgreich macht und dass das Vertrauen, welches die Akteure durch der-

Michael Emmenegger
Büro für Analyse und Management
sozialer Prozesse, Zürich
www.michael-emmenegger.ch



Foto: Gian Vaitl

artige Prozesse zueinander aufbauen, den oft ersuchten Kulturwandel in Entwicklungsprozessen oder bei Bauvorhaben möglich macht. Damit werden natürlich auch die oben genannten Entscheidungen vorbereitet – durch das sorgfältige Aushandeln und die breite Abstützung durchaus im Sinne eines von der Mehrheit der Anwesenden definierten Gemeinsamen, was aus dieser Perspektive eigentlich dem Gemeinwohl entspricht.

vorum: Und Kooperation und Partizipation könnten somit der Schlüssel für ein Handeln im Sinne des Gemeinwesens sein?

Michael Emmenegger: Vielleicht sind sie nicht gerade die Schlüssel zum Erfolg, aber es sind wirk-same Hilfsmittel. Voraussetzung ist einfach, dass in Prozessen mit unterschiedlichen Anspruchsgruppen eine Kultur der Partizipation und Kooperation Einzug halten kann und Einbezug, Beteiligung und Mitwirkung sowie die Möglichkeit, Verantwortung zu übernehmen in der Struktur des Planungsprozesses angelegt sind und nicht nur Beteiligungs-Methoden angewendet werden. Kooperation und Partizipation sind heute Grundvoraussetzungen zeitgemäßen Verwaltungshandelns und zeigen als neue Planungskultur einen Kulturwandel an, der in der Verwaltung und generell in Planungsfragen seit einiger Zeit institutionalisiert wird. Regional-, Gemeinde- und Stadtentwicklung findet heutzutage vermehrt in einem Rahmen statt, in welchem Akteure mit unterschiedlichen Ansprüchen mögliche Lösungswege gemeinschaftlich aushandeln. Dabei gilt es jedoch, die Regeln der Partizipation und Kooperation genau zu berücksichtigen.

vorum: Besten Dank für das Gespräch!



Urbanes Flair für Bregenz: Modellfoto des neuen Kornmarktplatzes. Foto: VOGT Landschaftsarchitekten



Foto: Klaus Selle

Was läuft bei Beteiligungsprozessen falsch?

Vom langen Weg zur lokalen Beteiligungskultur

Stuttgarter Bahnhof im Herbst 2010: Fassungslos aber friedlich stehen viele hundert Menschen dem Polizeiaufgebot gegenüber, hinter dem die Bagger ihre Arbeit verrichten. Unter ihnen ein junger Mann, auf dessen T-Shirt zu lesen ist: „Something Went Wrong“.

Aber, und das macht diesen T-Shirt-Spruch so interessant: nicht nur in Stuttgart! Auch in vielen anderen Städten und Gemeinden scheint in Sachen Bürgerbeteiligung einiges in die falsche Richtung gelaufen zu sein.

Zuschauerdemokratie, Wutbürger oder was?

Lange Zeit wurde beklagt, dass sich Bürgerinnen und Bürger nicht für die Politik interessierten. Sie blieben, so hieß es nicht nur von den Politikwissenschaftlern, auf den Zuschauertribünen der politischen Arenen sitzen und nähmen zunehmend „apathischer“ die Prozeduren und Resultate des politischen Handelns zur Kenntnis. Das Wort von der „Zuschauerdemokratie“ machte die Runde und schien zur Gewissheit geworden zu sein.

Und nun das: In einer nicht eben für aufmüpfiges Bürgertum bekannten schwäbischen Großstadt bricht ein Sturm los, der ganz Deutschland erschüttert und selbst im Ausland Aufmerksamkeit auslöst. Bis tief ins bürgerlich-konservative Lager herrscht Aufruhr – gegen ein Verkehrs- und Städtebauprojekt, vor allem aber gegen einen Politikstil, der Kommunikation verweigert, Beschlüsse in kleinen Zirkeln fasst, sie formal legitimieren lässt und – wo nötig – mit Gewalt durchsetzt.

„Planungs- und Entscheidungsprozesse werden häufig vor Einblicken von außen abgeschottet.“

Wenn sich Bürgerinnen und Bürger unüberhörbar ins politische Geschehen einmischen, scheint das aber manchen auch nicht recht. Denn schon kursiert ein neues Schlagwort: „Wutbürger“. Viele wenden ihn als eine Art Kampfbegriff, mit dem die Protestierenden gleichsam zu unberechenbaren, emotionalen Wesen gestempelt werden. Ob apathisch auf den Tribünen oder wütend im

Stadtpark – beide Zuschreibungen sind nicht nur polemisch und vereinfachend, sie vermeiden es zudem, nach Ursachen für Defizite der politischen Praxis in den öffentlichen Verwaltungen sowie der lokalen politischen Klasse zu fragen.

Schlechte Praxis und die Spirale der Vorurteile

Wer die Praxis der Stadt- und Gemeindeentwicklung aus der Nähe betrachtet, wird in der Tat auf alle Formen der Kommunikationsverweigerung stoßen: Planungs- und Entscheidungsprozesse werden vor Einblicken von außen abgeschottet und die vermeintlich ohnehin nur störenden Bürgerinnen und Bürger erfahren erst von den Absichten, wenn das Wesentliche entschieden ist. Einige Originaltöne aus der kommunalen Praxis mögen das illustrieren: „Das ist zu sensibel!“, „Das soll man nicht in die Öffentlichkeit zerren!“, „Das lasse ich mir doch nicht zerreden!“ ... Natürlich ist es nur teilweise richtig, dies unter Kommunikationsverweigerung zu subsumieren. Denn Kommunikation findet in solchen Fällen durchaus statt – in engstem Kreise, auf kurzen Wegen, mit wenigen Beteiligten – eben jenen, auf die es angeblich oder tatsächlich „ankommt“. Selbstverständlich wird nicht immer und überall den Bürgerinnen und Bürgern die Kommunikation verweigert. Sie findet statt. Aber wie? Allzu oft ohne Wirkung: Entweder redet man nicht über die aus der Sicht der Beteiligten wirklich wichtigen Probleme – das Kommunikationsangebot bleibt also irrelevant. Oder aber: Es können zwar weitreichende Vorstellungen entwickelt werden – aber die entscheidenden Akteure lassen diese Ideen und Konzepte ins Leere laufen.

Die Beteiligten bleiben von solchen Erfahrungen nicht unbeeindruckt. Dass „doch sowieso alles andernorts entschieden werde“, ist eine oft zu hörende und, wie jeder aus der Praxis bestätigen kann, allzu oft zutreffende Feststellung. Die Bürgerinnen und Bürger klagen allerdings nicht nur, sondern ziehen auch ihre Konsequenzen. Und die lauten beispielsweise: „Wenn Du etwas bewirken willst, bringen die Bürgerversammlungen nichts ... Wir machen das lieber mit der Presse – die freut sich über so was ...“. Eine andere Konsequenz: „Da gehe ich nie wieder hin.“ Womit dann alle Beteiligten ihre negativen Vorurteile über die Rolle der Bürger bei der Stadt- und Gemeindeentwicklung aufs Schönste bestätigt hätten.

Beteiligung in Grenzen?

Es gibt durchaus auch Positivbeispiele: sinnvolle Beteiligungsprozesse, groß angelegte, offensiv auf

Dialog ausgerichtete Einzelveranstaltungen und mehrjährige, komplexe Verfahren. Aber ihnen ist eines gemein: Sie bleiben fast immer Ausnahmen von der Regel. Ihre Reichweite ist begrenzt. Oft übernehmen Spezialisten, die man für einige Zeit mit dieser Aufgabe betraut, die Gestaltung kommunikativer Prozesse. Denen mag es durchaus gelingen, viele Akteure einzubinden, anregende Veranstaltungen durchzuführen und so auch inhaltlich gute Ergebnisse zu erzeugen. Aber was mit denen im nachfolgenden, oft langjährigen Entscheidungsprozess geschieht, bleibt unklar. Zugleich führt diese Auslagerung der kommunikativen Aufgaben dazu, dass innerhalb von Politik und Verwaltung alles beim Alten bleiben kann. Eine strukturelle Neuorientierung hin zu mehr

„Bürgerbeteiligung ist nicht nach Belieben an- oder abzuschalten. Lokale Beteiligungskultur ist nur ganz oder gar nicht zu haben.“

Bürgerorientierung wird so vermieden und Negativ-Spiralen werden aufs Neue in Gang gesetzt. „Bürgerbeteiligung ist nicht nach Belieben an- oder abzuschalten. Lokale Beteiligungskultur ist nur ganz oder gar nicht zu haben.“



Foto: Bregenzner Salon

Es gibt auch Kommunen, in denen anders verfahren wird: Da entwickeln einzelne Ämter oder Gruppen durchaus hohe Kompetenzen beim Umgang mit Bürgerinnen und Bürgern, aber schon auf dem nächsten Verwaltungs-Flur weiß man nichts davon.

Ein ganz besonderes Problem dieser Beteiligungswirklichkeit ist die Kontrasterfahrung, die Bürgerinnen und Bürger machen: Auf der einen Seite werden sie umworben, zu Beteiligung und Engagement aufgefordert, als unverzichtbare Partner angesehen. Zugleich aber kann es geschehen, dass die Flächenwidmung für ein neues Betriebsgebiet im engsten Kreis entschieden oder ein Infrastrukturprojekt ohne öffentliche Diskussion begonnen wird. Solche Negativerfahrungen verstören und entwerfen alle positiven Ansätze.

Hyperaktive Kommunikation?

Stuttgart hat viel bewirkt. Es wird nach mehr Bürgerbeteiligung, innovativen Verfahren lokaler Demokratie und manchem mehr gerufen. Die Branche der Moderatorinnen und Kommunikatoren erlebt einen ungeahnten Aufschwung – und macht dabei nicht nur gute Erfahrungen: „Wie gehen wir denn dieses oder jenes Projekt an, um Probleme wie in Stuttgart zu vermeiden?“ So oder ähnlich können die Fragen lauten – und wenn sie so nicht gestellt werden, sind sie doch nicht selten so gemeint. Will sagen: Denen, die so fragen, geht es nicht um Beteiligungskultur, sondern schlichtweg um Befriedung.

Aber auch in jenen Prozessen, die bereits kommunikativ angelegt sind, verändern sich die Anforderungen: „Twittern Sie auch?“, „Sie machen doch sicher auch Beteiligung von Jugendlichen!“, „Wir müssen auch an die Ausländer ran!“ Solche Forderungen kommen aus Verwaltung und Politik gleichermaßen. Man möchte sich die Augen reiben angesichts einer solchen Aufbruchstimmung und wird aber zumeist auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt, wenn man die Frage stellt: „Wozu möchten Sie denn das?“ „Woran könnten sich die Gruppen, die Sie erreichen wollen, denn mit Aussicht auf Wirkung beteiligen?“ „Sind Sie bereit und in der Lage, die Ergebnisse eines solchen Verfahrens auch aufzugreifen und transparent mit ihnen umzugehen?“ Sehr bald wird dann deutlich: Da wird Beteiligung um ihrer selbst willen betrieben. Möglichst viele Teilnehmer hier, möglichst viele Klicks dort, möglichst gutes Echo in der Presse für ein möglichst reibungsfreies Beteiligungs-Event.

Diese Kommunikationsbemühungen sind nicht selten effekthascherisch und bleiben selbst dann, wenn sie von guten Absichten geleitet sind, oft kurzatmig. In nicht wenigen Fällen erzeugt ein solcher Aktionismus zudem Frustrationen bei denjenigen, sie sich zur Teilhabe eingeladen sahen, aber sich nicht ernst genommen sahen.



Auftaktveranstaltung zum Bürgerbeteiligungsverfahren für den neuen Kornmarktplatz in Bregenz. Foto: Curt Huber

Lokale Beteiligungskultur braucht Geduld und einen langen Atem

Nein, es steht vielerorts nicht gut um die lokale Beteiligungskultur. Es gibt zwar zahlreiche Anläufe in die richtige Richtung – aber oft fehlt es am langen Atem, an der notwendigen Unterstützung derjenigen, die sich für Beteiligung einsetzen, vor allem aber an der mehrheitlichen Bereitschaft, sich den Anforderungen und Ergebnissen einer offenen Kommunikation auszusetzen.

In dieser Situation wird oft nach „neuen Methoden“ oder „innovativen Verfahren“ gerufen. Genau daran, an der Methodenvielfalt und Verfahrenskreativität, mangelt es aber nicht. Defizitär ist das wechselseitige Vertrauen, die Gewissheit, dass lokale Demokratie gelebt wird und nicht nur Verfahren abgewickelt werden. Wo können denn die Bürgerinnen und Bürger tatsächlich die Gewissheit haben, dass sich die Gemeindeentwicklung nicht über sie hinweg voll-

zieht? Statt von einer Gewissheit sprechen zu können, die sich auf Erfahrung stützt und in wechselseitigem Vertrauen mündet, herrscht zumeist Misstrauen vor, auf allen Seiten. Die sich so immer wieder neu erzeugenden Vorurteile zu überwinden setzt nicht einige besonders gelungene Beteiligungsverfahren, sondern eine Umorientierung auf breiter Basis voraus – insbesondere auch in Politik und Verwaltung, wo oft noch starke Ängste und Vorurteile wirksam sind.

Insofern gehen Ansätze in die richtige Richtung, die kommunales Handeln in der Breite neu ausrichten und die Bürgerorientierung ernst nehmen. Auch dafür gab und gibt es positive Beispiele. Allen, die auf diesem zweifellos gerade zu Beginn sehr steinigem Weg weiter gehen, sei ausreichend langer Atem gewünscht. Auf dass in Zukunft dann – per T-Shirt oder auf andere Weise – festgehalten werden kann: „Es ging dann doch einiges in die richtige Richtung.“

Der Bregenzer Salon ist ein offener Denk-Raum mit Gemeinwohlcharakter

Heute wird Raum zur Rarität. Wir bauen immer näher. Jeder Einzelne hat immer weniger Raum zur Verfügung. Nicht zuletzt aus diesem Grund zieht sich jeder Einzelne mehr und mehr zurück, grenzt sich ab ... und wird unfreundlicher, egoistischer, intoleranter. Zudem brechen alte Strukturen, Verhaltensmuster und Werte zusammen, was die Menschen verunsichert.

Der Gemeinwohlcharakter des Bregenzer Salons

Der Bregenzer Salon stellt seinen Gästen Freiraum, Zwischenraum und Innenraum zur Verfügung, um dann im Außen wirken zu können. Der jeweils ganz persönliche Ansatz der Salongäste lässt sie Verantwortung übernehmen für den eigenen Kontext und so im Außen angemessener handeln. Die „Zur-Verfügung-Stellung“ des achtsam gehosteten Raumes hat Gemeinwohlcharakter. Der Außenraum wird dann mit neuen Ideen bepflanzt, die im Salon, einem Zwischenraum von ganz privat und öffentlich, großgezogen wurden.

Wie kann man wieder Wohlfühlplätze schaffen?

„Was braucht ein Ort, an dem ich wieder zum ICH werden kann, um dann zum echten Wir zu gelangen?“ Diese Frage hat eine Teilnehmerin an einem offenen Salonabend gestellt. Es gibt Orte, an denen sich Menschen wohlfühlen, und solche, die sie schwächen. Im städtischen Raum gibt es immer weniger "Wohlfühlplätze". Wenn Menschen ihre Häuser verlassen, fühlen sie immer seltener die Identität von einem Ort. Die Teilnehmerin wurde zur Gastgeberin ihrer Frage im geschützten Rahmen an einem kleinen Tisch mit drei anderen Salongästen. So konnte sie sicher sein, gut gehört und verstanden zu werden.

Das empathische und auch „schöpferische“ Zuhören¹ ermöglicht im Bregenzer Salon das Gehörte werden dessen, was vom Träger einer Idee oder einer Frage gesagt werden will. Das wirklich interessierte Zuhören zieht ganz besondere Worte zutage, was die Teilnehmenden oftmals überrascht. So ordnet sich manch noch zaghafter Gedanke, und reiht sich an die Assoziation des Vorredners.

Es wird als Reichtum beschrieben, dass andere interessiert zuhören

Da jede halbe Stunde die Dialogpartner wechseln, die Salongäste von den anderen Tischen, die sich mit anderen Themen befassen, wieder neu in das Folgende eintauchen, trifft immer wieder Frisches auf das gerade geborene Gedankengut. Durch das vernetzende Denken am Tisch und durch die

Verbindungen der Gespräche über den Abend und die Tische und Themen hinweg wird eine große, kollektive Konversation „gewoben“.

Nach insgesamt drei Gesprächsrunden, unterbrochen von angenehmen Pausen, kommen alle Salongäste in den Kreis zurück und berichten über ihre Wahrnehmungen. Viele aus der tieferen Einsicht gewonnenen, oft im Moment geschöpften Beobachtungen werden freigiebig geteilt. Das „Sich-Einlassen“ auf die Themen anderer, wirklich gehört zu werden, und Interesse für die eigene, gelebte Meinung entgegengebracht zu bekommen, die Abwechslung von aktivem Zuhören und anteilnehmenden Fragenstellen erlaubt die Verlangsamung und das Sich-Näherkommen. Darin liegt die Stärke des Abends und darin, dass niemand vorher weiß, was die Themen sein werden, die von den tieferen Herzensgründen der Teilnehmer kommen. Die Bewegtheit des Themenhalters kreiert sofort echte Betroffenheit und Begeisterung in den Zuhörern, die so wie von selbst zu natürlichen Beratern werden. Am Ende des Abends nach einer kurzen Reflexionszeit bereiten sich die Teilnehmer für die Schlussrunde vor: Was ist mein nächster eleganter Schritt? Wie von Zauberhand haben sich bis jetzt fast immer Lösungen für komplexe Problemstellungen oder Aktionspläne für ungeborene Projekte gefunden und gar so oft ist an so einem Salonabend schon die Einladung für ein Kick-off-Event oder die konkrete Umsetzung einer Geschäftsidee gezimmert worden.

Die Gestaltung des Ortes war schon mehrmals Thema

Man sieht, wie wichtig es den Menschen ist, darüber zu sprechen, sich auszutauschen, einfach als Bürger, mit ihren persönlichen, subjektiven und auch sehr verschiedenen Bedürfnissen, die am Ende doch viel Übereinstimmung als Erkenntnis hervorbrachten. Wie würden Sie öffentlichen Raum gestalten, sodass er für Sie „stimmig“ ist? Wie würden Sie Ihren privaten Raum gestalten, der mit anderen geteilt wird oder auch nicht? Jemand wollte ein eigenes Traumdorf gründen, wo Menschen in verschiedenen Lebenslagen länger- und auch kurzfristig unterkommen und in Gemeinschaft wieder zu sich selbst finden können. Da es für das Traumdorf im Moment weder das geeignete Grundstück noch die nötigen Mittel gibt, wird aus dem Projekt vielleicht ein modernes Altersheim werden ... ;-) Die Idee hat aber alle geistig sehr zum Kreativsein angeregt.

¹ Die vier Stufen des Zuhörens nach Otto Scharmer, Massachusetts Institute of Technology (MIT): www.presencing.com



Mag. Ursula Hillbrand lebt und arbeitet als Change Agent in Brüssel, und hat, seit sie denken kann, alle ihre Ferien in ihrem Stadthaus in Bregenz verbracht. Im Sommer 2010 hat sie dort mit ihrem Mann den Bregenzer Salon ins Leben gerufen, einen Ort, der authentische Begegnungen fördert. www.bregenzer salon.eu



Der Bregenzer Salon fungiert als Keimstätte für Ideen und Projekte, die die Resonanz der anderen brauchen, um auf die Welt zu kommen.



Nach einer kleinen Einführung wissen die Gäste, dass im Bregenzer Salon das gute Zuhören wichtig ist und zur Verlangsamung führt.



Wenn man es beim ungezwungenen Glas Wein beim Ankommen noch nicht gemerkt hat, so wird spätestens jetzt deutlich: Hier regiert Authentizität.



Wesentliche Utensilien sind Tischdecken für freies Zeichnen und Kritzeln. Mit bunten Farben kreativ durcheinander, eben chaordisch, bahnen sich die Bilder ihren Weg vom Unbewussten ins bewusst Manifestierte.



Chaordisch meint: So wenig Struktur wie möglich, soviel Chaos wie möglich, um kreative Prozesse und Innovation durch Emergenz zu ermöglichen, ähnlich dem künstlerischen Prozess. Dee Hock, Die chaordische Organisation, 2008.